



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 2. November 2022
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Haltungs- und Handlungskonzept inklusiver sprachlicher Bildung (TOP 5/I): siehe Anlage 5

Beginn (öffentlicher Teil): 17:03 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 31/22, 32/22, 34/22)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Bonnet vertreten durch Stv. Kraft; anwesend bis Tagesordnungspunkt 7/I

Stv. Wardak anwesend ab Tagesordnungspunkt 2/I

Stv. Weinerth vertreten durch Stv. Köhler (anwesend ab Tagesordnungspunkt 3/I bis 6/I, danach Stv. Dahlen anwesend bis 7/I)

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0140 Tagesordnung

Einstimmig (unverändert)

0141 Genehmigung der Niederschrift über Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 14.09.2022

Einstimmig genehmigt

0142 Vorstellung der Evaluationsergebnisse der Servicestelle Deutsch (Kund*innen und Trägerbefragung)

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind folgende Gäste anwesend:

Amt für Zuwanderung und Integration (Integrationsabteilung)
Christina Bauch, Klaus Burgmeier und Ivanka Mrše

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Amt für Statistik und Stadtforschung
Stefanie Neurauter

Projekt angekommen! Wiesbaden e.V.
Christina Bopp

Wiesbadener Servicestelle Deutsch
Maia Oschmann

Protokollnotiz:

Stv. Prof. Dr. Hafezi stellt die Nachfrage, auf welchen (niederschweligen) Wegen sich Interessierte Informationen zu den Sprachangeboten einholen können, wenn sie nicht die deutsche oder englische Sprache beherrschen.

Frau Oschmann und Herr Burgmeier (Amt für Zuwanderung und Integration) berichten hierzu, dass sehr gute Netzwerke mit dem Sozialleistungs- und Jobcenter und dem Kooperationspartner Migramundi bestehen. Über diese Kanäle werden die Personen auf die bestehenden Angebote aufmerksam gemacht und entsprechend begleitet.

Prof. Dr. Hafezi regt dazu an, zu überlegen, ob man den Internetauftritt der Servicestelle Deutsch in fünf Sprachen übersetzen lassen sollte.

Die Vorstellung der Evaluationsergebnisse der Kund*innen und Trägerbefragung werden **zur Kenntnis genommen.**

0143 22-F-15-0019

Kündigungsverhalten der Wiesbadener Wohnungsgesellschaften bei Zahlungsausfällen bei Nebenkosten?
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 19.10.2022 -

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass ausweislich der Homepage der GWH Wohnversprechen für die Jahre 2021/22 ausgesprochen wurden. Es wird zu keinen Kündigungen wegen nichtzahlbarer Nebenkosten kommen.

In seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der GWW berichtet er, dass die Gesellschaft die Abrechnungsjahre 2021/22, im Hinblick auf die Nebenkosten, als unproblematisch ansieht.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 2. November 2022

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Gasliefervertrag mit ESWE-Versorgung läuft bis Ende des Jahres 2022 noch zu den damals vereinbarten Alt Konditionen. Gespräche für 2023 finden momentan statt.

Falls es vertraglich zu höheren Abschlägen kommen wird, haben die Mieterinnen und Mieter bereits jetzt die Möglichkeit, ihre Nebenkostenvorauszahlungen freiwillig erhöhen.

Unabhängig von einer vorzeitigen, freiwilligen Erhöhung der Vorauszahlung, werden alle Mieter erst mit der Jahresnebenkostenabrechnung 2023 im Sommer 2024 mit höheren Abschlagspreisen belastet.

Die GWW wird, wie auch die GWH, keine Kündigungen aussprechen. Es finden momentan intensive Beratungen mit Betroffenen statt.

Unterstützungsmöglichkeiten sieht der Magistrat mit dem Härtefallfonds mit ESWE-Versorgung und vorallem mit den freien Trägern.

Die Stadt sieht eine hohe Auslastung bei Bürger- und Wohngeldanträgen (im Hinblick auf Wohngeldreform inkl. Heizkostenpauschale, Antrag auf Energiekostenübernahme, Gaspreisbremse...).

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt (einstimmig)

0144 22-F-63-0096

Kostenlose Menstruationsprodukte in Geflüchtetenunterkünften in der LHW
- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 07.10.2022 -

Stv. Weck beantragt den Antrag in den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit zur weiteren Beratung und Beschlussfassung zu überweisen.

dafür: CDU, FDP, AfD, FW/Pro Auto, BLW/ULW/BIG

dagegen: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke

somit wird der Überweisungsantrag angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0145 22-F-63-0097

Sprachförderung in Kitas

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -

Das Haltungs- und Handlungskonzept inklusiver sprachlicher Bildung des Amtes für Soziale Arbeit liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Stv. Wardak beantragt den Antrag in der Ziffer 4. wie folgt zu **ergänzen**:

4) welche Erfolge durch das Programm zu verzeichnen *und wie diese im Kontext zu vergleichbaren Kommunen zu interpretieren* sind.

Einstimmig in geänderter Fassung **angenommen**

0146 22-F-69-0054

Sachstandsbericht Wiesbadener Integrationsvereinbarung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -

Stv. Apel beantragt die **Ziffer 4** um die Folgende Frage zu **ergänzen**:

4. (...) *Nach welchen Kriterien werden in diesem Kontext die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ausgewählt, um die Integrationsvereinbarung mit der LHW zu schließen?*

Einstimmig **angenommen**

Frau Richter (Ausländerbeirat) beantragt in **Ziffer 1** das Wort **“islamische”** vor den Religionsgemeinschaften/Gemeinden zu **ergänzen**, da diese explizit in der Integrationsvereinbarung genannt werden.

Einstimmig **abgelehnt**

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 2. November 2022

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Richter beantragt ferner den Antrag um die **Ziffer 8** wie folgt zu **ergänzen**:

8. welche Bedarfe haben Religionsgemeinschaften innerhalb der Konsultationsgespräche an die Stadt geäußert?

Einstimmig **angenommen**

Stellvertretender Vorsitzender von Seemen beantragt bei der **Ziffer 6** den **letzten Halbsatz** ("(...) jeweils - insbesondere in Bezug auf Integrationsbemühungen und Geschlechtergleichberechtigung.") **zu streichen**.

Mit Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und FW/Pro Auto **angenommen**

Antrag in der nun vorliegenden **geänderten Fassung** einstimmig **angenommen**

0147 22-A-79-0003

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Protokollnotiz:

Aktuell sieht sich die Stadt nicht nur mit Flüchtlingen aus der Ukraine konfrontiert, sondern mit generell steigenden Zuweisungszahlen des Landes Hessens.

Im dritten Quartal hat man keinerlei Zuweisungen aus der Erstaufnahme von Flüchtlingen erhalten. Wohl aber kümmerte sich die Stadt um Familienzuzüge und Spätaussiedler etc.

Im vierten Quartal stehe man nun vor einer angespannten, aber nicht beunruhigten Lage.

Es werden weiterhin Plätze für Unterbringungen akquiriert (auf Turnhallen und Sporthallen soll weiterhin nicht bzw. nur als letztes Mittel zurückgegriffen werden).

Die Situation in den Unterkünften sei, abgesehen von dem Vorfall der vermeintlichen Beziehungstat am vergangenen Wochenende in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Kastel Housing, entspannt.

Es gelte in großen GUs ab 250 Bewohnerinnen und Bewohnern, wie Kastel Housing, unter der Woche das nine-to-five-Modell, wo Sozialarbeitende sowie ein 24h Hausmeisterdienst anwesend sind. Grundsatz sei hier eine möglichst wohnungsnahe Gestaltung.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Stadt Wiesbaden hat eine große Bereitschaft im Nachgang an die Tat an der Aufklärung mitzuwirken und alle Betroffenen bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen.

Die Federführung liege jedoch bei den Ermittlungsbehörden.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0148 22-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Protokollnotiz:

Herr Burgmeister (Amt für Zuwanderung und Integration) berichtet zu dem weiteren Vorgehen betr. die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen.

Da die Förderrichtlinie Ende des Jahres 2022 ausläuft hat sich der Magistrat dazu entschlossen, das Programm weiterhin selbst anzubieten und erneut in das Bewerbungsverfahren einzusteigen.

In einem ersten Schritt wurde von Seiten der Stadt Wiesbaden die Interessensbekundung (Eignung der Kommune, Ausgestaltung, Zielgruppen...) dargelegt. Nun sei man im zweiten Schritt, im eigentlichen formalen Antragsverfahren. Sollte der Antrag positiv beschieden werden, kann der Magistrat ab dem 01.01.2023 weitere Personalkontingente einstellen und der erhöhten Nachfrage nachkommen.

Im Rahmen des Sozialprojektes „Social Day“ haben die Beschäftigten der Commerz Real mit dem Verein Little Homes auf dem Wiesbadener Marktplatz fünf Wohnboxen für Obdachlose errichtet.

Stadtrat Manjura berichtet, dass das Sozialleistungs- und Jobcenter mit dem Vereinsvorsitzenden Kontakt aufgenommen und ihn zur ersten Gesprächsrunde der Arbeitsgruppe #wohin eingeladen hat. Noch seien keine finalen Ergebnisse zu verkünden. Es gehe in erster Linie darum, einen dauerhaften Standort für die Little Homes zu finden und gemeinsam mit dem Diakonischen Werk und der Initiative von Bettina Weiler eine Projektbegleitung (Straßensozialarbeit), Verbunden mit einem EFS+ Antrag (Europäischer Sozialfonds), zu finden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Inwieweit diese Projektbetreuung und -organisation in bereits bestehende Strukturen eingebunden wird, in Kooperation stattfindet oder nebenher läuft, müsse noch final entschieden werden.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0149 Verschiedenes

Protokollnotiz:

Stellvertretender Vorsitzender von Seemen richtet eine Nachfrage an den Magistrat zum Beschluss Nr. 0779 der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2021 (Vorgang 21-F-63-0072; Haushaltsplan 2022/23 - Reduzierter Preis für die Kundenkarte/S und Mitnahmeregelung für Kinder; Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt).

Er fragt, inwieweit der Beschluss vor dem Hintergrund der Einführung des Bürgergeldes (neuer Regelsatz) und des 49 €-Tickets umgesetzt wird.

Stadtrat Manjura verweist zunächst auf den Bericht des Dezernates V vom 18.08.2022.

ESWE-Verkehr und der RMV müssen sich ab dem 01.01.2023 auf das 49 €-Ticket einstellen. Das Sozialleistungs- und Jobcenter sei daraufhin auf die Verkehrsdienstleister zugegangen.

Es wurde vorgeschlagen die Kundenkarte/S in einem ersten Schritt ab dem 01.01.2023 für Empfänger*innen von Transferleistungen auf 29 € reduzieren. Da die Reduktion der Karte von 80 € auf 60 € bereits Teil des Haushalts und damit auch Teil der vorläufigen Haushaltsführung sei, soll die Reduktion in Höhe von 20 € fortgeschrieben werden. Dies sei mit dem Haushaltsrecht vereinbar.

Falls es zu einer merklich erhöhten Nachfrage der Kundenkarte/S kommen sollte, wären die Stadtverordneten im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024/2025 in der Lage zu entscheiden, ob und wenn ja, welcher Wert fortgeschrieben werden soll.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

- 0150 22-V-33-0004
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

gegen AfD
- 0151 22-V-51-0011
Kommunale Zuschussförderung im sozialen Mietwohnungsbau - Erweiterung der Richtlinie zur kommunalen Mitfinanzierung (Ausführungsvorlage)

gegen AfD
- 0152 22-V-51-0044
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Natur-Kindertagesstätte durch den Träger La Li Lu Freudenberger Kindertagesstätte Natur und Kunst e. V.

Einstimmig
- 0153 22-V-51-0047
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für die Jahre 2020/2021

Einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 2. November 2022

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0154 22-V-06-0012

Verlängerung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe

Enthaltung CDU und AfD, gegen FDP

0155 22-F-63-0025

Sachstand der Digitalisierung in Wiesbadener Kitas
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.04.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 18.10.2022 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Anlagen

Wiesbaden, .11.2022

Vorsitzender

Schriftführerin

Rutten

Wenzel